

27. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 30. Mai 1951.

279/J

A n f r a g e

der Abg. H o n n e r und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend das Millionengeschenk der österreichischen Regierung an die
Zentraleuropäische Länderbank, den Plan ihrer Sanierung aus öffentlichen
Mitteln und ihrer nachfolgenden Reprivatisierung und Auslieferung
an das ausländische Kapital.

-.-.-.-

Anlässlich der Generalversammlung der Banque des Pays de l'Europe Centrale (Zentraleuropäische Länderbank) in Paris teilte der Präsident dieser Bank, Henry Reuter, mit, dass zwischen der österreichischen Regierung und den Vertretern seiner Bank im Juli 1948 ein Abkommen, betreffend "die Entschädigung dieser Bank für die Abtretung ihrer früheren Interessen in Österreich", getroffen worden sei. Die österreichische Regierung habe sich in dem Abkommen bereit erklärt, für diese sogenannte Abtretung der Interessen der Zentraleuropäischen Länderbank in Österreich - für die seinerzeit, anlässlich der Reorganisation des Bankwesens in Österreich, schon 15 Millionen Reichsmark lastenfrei bezahlt und transferiert worden sind - neuerlich 2 bis 2,5 Millionen Dollar zu bezahlen. Henry Reuter teilte gleichzeitig mit, dass es ihm gelungen sei, schon jetzt 25 Millionen Schilling von der österreichischen Regierung zu erhalten. Mit dieser Summe werde die Zentraleuropäische Länderbank sich an der Österreichischen Länderbank beteiligen, die wieder zu einem Tochterinstitut der Zentraleuropäischen Länderbank werden solle.

Aus der erwähnten Mitteilung Henry Reuters geht weiter hervor, dass die Beteiligung der Zentraleuropäischen Länderbank an der Österreichischen Länderbank erst nach der Sanierung der letzteren durch den österreichischen Staat erfolgen könne, d.h. dass die derzeitige staatliche Verwaltung der Österreichischen Länderbank als ein vorübergehender Status angesehen wird, der nur dazu dienen soll, um die Bank vor ihrer Reprivatisierung aus Steuergeldern zu sanieren.

Die Öffentlichkeit erfährt hier somit aus dem Munde eines ausländischen Finanzkapitalisten von einem neuen, ungeheuerlichen Akt wirtschaftlichen Hochverrates der österreichischen Regierung, welcher vor drei Jahren

28. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

30. Mai 1951.

angebaut wurde und nun durchgeführt wird. Das österreichische Volk steht hier wieder einmal vor der schier unglaublichen Tatsache, dass die Regierung unseres Landes ausländischen Kapitalisten insgeheim aus den Taschen der österreichischen Bevölkerung die Mittel liefert, die sie brauchen, um sich als Herren unseres Bankwesens einzunisten, ebenso wie sie seinerzeit den ausländischen Kapitalisten die Mittel geschenkt hat, um sich an massgebender Stelle an unserer Industrieproduktion zu "beteiligen", das heisst aber, sie zu beherrschen.

Die Öffentlichkeit steht vor einem neuen Versuch einer in der Wirtschaftsgeschichte Österreichs zu so trauriger Berühmtheit gelangten Bankensanierung auf Kosten der Steuerzahler. Während für die wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter und Angestellten, für eine anständige Bezahlung unserer Staatsbeamten und für die Linderung der Not unserer Rentner und Pensionisten keine Mittel vorhanden sind, sollen 2,5 Millionen Dollar in den Rachen ausländischer Kapitalisten geworfen werden. Während die Regierung immerfort von ihrem Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs faselt, bezahlt sie den ausländischen Kolonisatoren Österreichs die Spesen dafür, dass sie sich die österreichische Wirtschaft unterwerfen. Während die österreichische Regierung und insbesondere der sozialistische Koalitionspartner die Verstaatlichung eines Teiles unserer Industrie und/Banken als eine der Gesamtwirtschaft des Landes dienende, dauernde Einrichtung hinstellt und damit die staatliche Förderung dieser Unternehmen begründet, werden im geheimen bereits konkrete Massnahmen getroffen, um sie, nach ihrer Sanierung aus öffentlichen Mitteln, wieder in Privatbesitz überzuführen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher, an den Herrn Bundeskanzler die folgenden

A n f r a g e n :

1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, zu verhindern, dass hinter dem Rücken der österreichischen Bevölkerung Milliarden geschenke an das ausländische Kapital gemacht werden?

29. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 30. Mai 1951.

2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat für die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Österreichs einzutreten und die geplante Auslieferung der Österreichischen Länderbank an die Zentraleuropäische Länderbank zu verhindern?

3.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, zu verhindern, dass die Österreichische Länderbank auf Kosten der Steuerzahler saniert wird, um dann reprivatisiert zu werden?

4.) Ist der Herr Bundeskanzler also bereit, den oben aufgezeigten wirtschaftlichen Hochverrat an Österreich zu durchkreuzen und die Initiatoren und Teilnehmer dieses Verrates entsprechend zur Verantwortung zu ziehen?

-.--.-.-